

ABSCHIED VOM WACHSTUM

Deutschland ist das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Zahl der Einwohner von damals 68 Millionen kontinuierlich auf mittlerweile 83 Millionen gestiegen. Deutschland ist nach wie vor einer der stärksten Industriestandorte der Welt. Warum also sollte man sich Sorgen machen um eine schrumpfende Nation?

Weil demografische Veränderungen einen langen Vorlauf haben. In Wirklichkeit gehen die Kinderzahlen in Deutschland seit über hundert Jahren zurück. Die Frauen des Jahrgangs 1935 waren die letzten, die im Mittel 2,1 Kinder bekamen. So viele wären nötig, um den Bestand einer Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Seit Anfang der 1970er Jahre ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Von hundert Deutschen bleiben deshalb 30 Jahre später nur noch etwa 70 übrig. Würde man diese Entwicklung extrapolieren, ginge es bald zu Ende mit dem Volk der Dichter und Denker.

Dass wir von dem Rückgang bislang so wenig gespürt haben, hat zwei Gründe: Zum einen ist die Lebenserwartung allein im vergangenen Jahrhundert um 31 Jahre gestiegen. Zum anderen leben in Deutschland mittlerweile rund zwölf Millionen Menschen mit „Migrations-Hintergrund“: Aussiedler, Ausländer und eingebürgerte Migranten. Sie und die Alten füllen die demografischen Lücken, die durch den Geburtenrückgang entstanden sind. Vorerst jedenfalls.

Doch damit hat es bald ein Ende: Die Prognostiker des Statistischen Bundesamtes sagen bis zum Jahr 2050 einen Schwund von zehn Millionen Menschen voraus – und zwar unter der Annahme, dass die Lebenserwartung weiter steigt und jährlich 200.000 Personen aus dem Ausland zu uns einwandern. Kämen nur 100.000 im Jahr, wären wir 2050 schon um 16 Millionen ärmer. Ganz ohne Migranten um 30 Millionen. Im Jahr 2100 würden dann in Deutschland nur noch 24 Millionen Menschen wohnen – so viele wie Anfang des 19. Jahrhunderts.

Ob mit oder ohne Zuwanderer: Immer weniger Kinder und mehr alte Menschen führen zwangsläufig dazu, dass einer immer kleiner werdenden Gruppe an Werktätigen immer mehr Versorgungsbedürftige gegenüber stehen. Die Folgen dieser Entwicklung sind unter Demografen seit Jahrzehnten bekannt. Politiker allerdings haben das Problem lange ignoriert. Erst die Krise der Renten- und Krankenversicherungskassen hat das Thema an die Oberfläche gebracht. Doch die jetzt angeschobene Diskussion erfasst den wirklichen Umfang des demografischen Wandels nicht einmal im Ansatz: Deutschland wird sich, wie andere Industrienationen auch, in den kommenden Jahrzehnten von Grund auf verändern.

Die Veränderungen betreffen praktisch alle Bereiche unseres Lebens: Schulen und Hochschulen, Regional- und Stadtplanung, Industrie, Handel und Immobilienwirtschaft, die öffentlichen und privaten Investitionen, den Umgang mit ausländischen Mitbürgern – und letztlich das, was wir unsere Kultur nennen.

Die neuen Bundesländer haben in den vergangenen 14 Jahren im Zeitraffer vorgemacht, wozu Kinderarmut, Überalterung, Strukturwandel und Abwanderung führen können: Der Osten Deutschlands hat seit der Wende rund zwei Millionen Menschen verloren – vor allem junge und qualifizierte. Diese Entwicklung wird weitergehen – und sie hat längst auch den Westen erfasst. Neben Thüringen, der Lausitz oder Vorpommern stecken auch das Saarland und Südost-niedersachsen, das Ruhrgebiet, Nordhessen und Nordbayern in einem schleichenden, aber kaum aufzuhaltenden Schrumpfungsprozess.

Manche Regionen Deutschlands erleben bereits eine regelrechte Bevölkerungs-Implsion: Dort, wo es zu wenig Arbeit gibt, wo die Innenstädte zerfallen, Kneipen und Diskos leer stehen und Freibäder und Theater schließen, werden sich kaum junge Familien ansiedeln. Und wo der Bildungsgrad sinkt und qualifiziertes Personal fehlt, wird kaum ein größeres Industrieunternehmen investieren. All das bedeutet weniger Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen, die gleichzeitig mehr alte Menschen zu versorgen haben. Die Gemeinden müssen dann an anderer Stelle sparen, etwa die Bibliothek dicht machen und die Abgaben erhöhen. Nun sinkt die Chance, Neubürger anzulocken, weiter. Diese Abwärtsspirale zieht mittlerweile ganze Regionen nach unten. Die Abwanderung aus den Schrumpfungsregionen in die attraktiven urbanen Großräume wird sich deshalb noch verstärken. Gleichzeitig wird sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen, die im Ausland geboren sind, weiter vergrößern. Sie werden in ein Land kommen, wo Fremde schon heute schlecht integriert sind.

Warum diese Studie?

Unter diesem Eindruck untersucht die Studie „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ die Zukunftsfähigkeit der 440 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte. Zukunftsfähig sind sicher jene Regionen, in denen auch in 20 Jahren noch ausreichend Menschen leben, um wenigstens die bestehende Infrastruktur zu nutzen.

Kinderzahlen, Altersverteilung und Wanderungsbewegungen, grundsätzliche demografische Kennziffern, lassen eine Prognose über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung zu. Diese hängt aber auch von der Attraktivität der Regionen ab, beispielsweise von deren Freizeitwert oder der Familienfreundlichkeit. Ihr Entwicklungspotenzial wird beeinflusst von der Qualifikation der Menschen und von der Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Industriebetriebe. Aber auch vom Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot für junge Menschen und davon, wie gut ausländische Bürger in der deutschen Gesellschaft zurecht kommen.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat deshalb 22 Indikatoren definiert, welche die Bevölkerungsentwicklung, die Attraktivität und die Entwicklungschancen der Regionen beeinflussen. Diese Indikatoren ermöglichen direkt oder indirekt einen Ausblick auf die Zukunft. Für die Bereiche Demografie, Wirtschaft, Integration, Bildung, Familienfreundlichkeit und Flächennutzung wurden Daten aus der amtlichen und privatwirtschaftlichen Statistik gesammelt, gegebenenfalls umgerechnet und einem Benotungsschlüssel unterworfen. Daraus ergibt sich für alle Kreise und kreisfreien Städte sowohl ein Muster aus 22 Einzelnoten, als auch eine Gesamtnote, die ein bundesweites, flächendeckendes Bild der Zukunftsfähigkeit erlaubt. Dieses Bild ist weit aussagekräftiger als jenes, das eine reine Bevölkerungsprognose liefern kann.

Die Studie soll die regionale Dimension der demografischen Veränderung verdeutlichen, der bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So haben im vergangenen Jahrzehnt rund ein Drittel aller Kreise Bevölkerung verloren, obwohl die Bevölkerungszahl Deutschlands insgesamt gestiegen ist. Den Berechnungen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung zufolge wird sich die Zahl der Schwundkreise bis 2020 in etwa verdoppeln.

Einer Umfrage aus dem Jahr 2003 zufolge haben 52 Prozent der Deutschen noch nie den Begriff „demografischer Wandel“ gehört. Dies zeigt, wie unzureichend die Bevölkerung über einen Prozess informiert ist, der längst ihr Leben beeinflusst. „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ soll die Diskussion über den anstehenden Wandel fördern. Sie kann auch ein Hilfsmittel zur Regional- und Wirtschaftsplanung sein. Denn angesichts leerer Kassen sind öffentliche und private Investitionen sorgsamer abzuwägen denn je.

Berlin, im April 2004

Dr. Reiner Klingholz
Direktor
Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung